

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für 1000er monatlich 175 Mt., durch Boten durch den Monat 180 Mt., bei Postbezug monatlich 180 Mt. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 8 Mt. Sonntags 10 Mt. Alle Preise freibleibend. Postbezugspreis: Amt Leipzig Nr. 16.654. Geschäftsstelle: Gültelstraße 4. Für unbetretene Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spaltenpreis Millimeter für 1000 3 Mt. und der Spaltenpreis Millimeter für 1000 3 Mt. und der Spaltenpreis Millimeter für 1000 3 Mt. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezahler auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 20 Mt. in Zahlung genommen. Ziffergebühr 5 Mt. Worto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigen für den Vormittag 10 Uhr. Belegnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Vahs

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 279.

Dienstag, den 28. November 1922.

162. Jahrgang.

Die gefährdeten Konferenzen.

Versperrung in Lausanne.

Die Lausanner Verhandlungen kommen nicht von der Stelle. Die „Chicago Tribune“ will sogar wissen, daß die Konferenz unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe. Die Meinungsverschiedenheiten bewegen sich hauptsächlich um das West-Asien, in dem sich bekanntlich wertvolle Petroleumquellen befinden. Die Parteien fordern die bedingungslose Abgabe dieses Gebietes, während die Engländer sich auf ihr vom Völkerbund übertragenes Mandat berufen. Die Frage von Mosul wird wesentlich beeinflusst durch einen Vertrag, der nach einer Gasab-Weidung zwischen England und Amerika abgeschlossen ist. Der amerikanische Vertreter in Lausanne gab nämlich überaus die Erklärung ab, daß die Vereinigten Staaten Handelsgleichheit und offene Tür in der Türkei fordern. Das würde bedeuten, daß alle bisherigen Abmachungen mit der Türkei als null und nichtig angesehen sind.

Die Erklärung des amerikanischen Beobachters E. H. D. ist nach Informationen von unterrichteter Seite darauf zurückzuführen, daß Lord Curzon, Barrere und Marquis Carroni am Freitag Abend bis nach Mitternacht über die türkisch-englische Verhandlung betreffs des Petroleumgebietes in Mosul und Mesopotamien verhandelten. Lord Curzon setzte sich gegen die Forderungen der Engländer nach Mosul zurück, unter der Bedingung, daß England sofort eine Konzession auf das gesamte Petroleumgebiet erhalte. Die Stellungnahme Smet Sachas zu diesem englischen Vorschlag steht noch aus. Durch die Annäherung der amerikanischen Ansprüche wird nun eine völlig neue Lage geschaffen. Die amerikanischen Delegierten sind in Lausanne amüsiert, vor allem Senator Lewis und Mr. Duffay, wollen sie der Verteilung der Delegationen nicht leer ausgehen. Sie erheben Anspruch auf die Petroleumquellen im inneren Anatolien, namentlich im Bezirke Hinter Mesopotamien, die im Vertrag nicht hinter den Goldfeldern von Mosul zurückgehen sollten. Mächtig wird erwartet, daß die Konferenz infolge des beginnenden Kampfes um das Öl in ein neues Stadium treten wird. Die türkischen Unterhändler haben den wichtigsten Trumpf in der Hand, daß sie erst über die Delegationen verhandeln wollen, wenn die grundlegenden politischen und territorialen Fragen geregelt sind.

Wie aus London gemeldet wird, ist nach Ansicht eines hochgestellten britischen Beamten heute zwischen England und Amerika eine vollständige Übereinstimmung wegen der Delegationen erzielt worden.

In amerikanischen Kreisen herrscht die Meinung, daß die Konferenz in Lausanne die größte Bedeutung des amerikanischen Schrittes nicht erkennen lassen. Nach offiziellen Mitteilungen aus Washington lud die amerikanische Regierung durch ihre Erklärung auf der Konferenz in Lausanne alle Nationen ein, eine neue politische Ordnung zu unterstellen, die darauf hinausgeht, nationale Beherrschungen auf fremdem Gebiet wie auch andere besondere Privilegien auf fremdem Boden auszuschalten, um auf diese Weise einen Weg zur Gleichberechtigung des Friedens zu finden. In Newyorker Kreisen läßt man keinen Zweifel darüber, daß die Erklärung der Vereinigten Staaten eine Herausforderung des imperialistischen Systems bedeutet.

Für den Fortgang der Lausanner Konferenz gefährlich ist die Forderung der Türkei nach Abgabe der vorderen Dardanellen gegen die Türkei. Am 27. November und 28. November, die sich jetzt noch in englischer Hand befinden und nach dem Friedensvertrag von Sevres den Griechen zugesprochen waren. Die Frage dieser Inseln kann nicht ohne Zusammenhang mit der Meerengenfrage gelöst werden.

Notenstich über die Ziele Russlands.

Der russische Delegierte Rakowski ist kaum in Lausanne eingetroffen, so beginnt er auch sofort, wie in Genau, den Beobachtern ausführliche Vorträge über die Ziele Russlands in Lausanne zu halten. Für die russische Delegation sind im Hotel „Europa“ 35 Zimmer belegt worden. Nicht selten wird am Dienstag erwartet. Bei dem geistreichen Vortragsabend Rakowskis erklärte dieser, daß die russische Delegation an das Präsidium der Konferenz eine neue Note geant, und nochmals Zusage um allen Verhandlungen gefördert habe. Die russische Delegation habe erklärt, daß sie keinen Vertrag, Konvention oder Pakt unterzeichnen werde, wenn sie nicht bei allen Verhandlungen gehört werde. Ihre Forderungen sind, so sagte Rakowski, vor allem auf drei Punkten: 1. auf die Note Poincarés vom 14. November; 2. auf die Erklärung Mussolinis, nach der die russische Delegation zu allen Verhandlungen zugezogen werden müsse und 3. auf die Meinung des amerikanischen Beobachters Childs. Was die Note Poincarés angeht, so will Frankreich die russische Delegation nur zulassen, wenn die Frage der Meerengen verhandelt wird. In Lausanne wird jetzt seit einer Woche verhandelt und alles, was

man behandelt hat, bezieht sich auf die Meerengenfrage. Die Frage der Grenzgebung der europäischen Türkei, die Frage der Verteilung der Inseln im Ägäischen Meere. Alles das sind Dinge, die zu dem großen Problem der Meerengen gehören. Russland wird sich auf nichts einlassen, wenn es nicht zu allen Verhandlungen zugelassen wird.

Sonar Law gegen das Eingreifen des Völkerbundes.

London, 28. November. Am Montag Nachmittag hat Sonar Law im Unterhaus erklärt, daß es völlig unmöglich sei, daß der Völkerbund in die türkische Frage in irgend einer Weise eingreife.

Die Vorkonferenz für Brüssel.

Auch hier Verzerrung.

Während die Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage selbst die Vorbereitungen zur Brüsseler Konferenz bereitet, ist jetzt durch das überraschende Eingreifen der Vereinigten Staaten ein neues Moment der Verzerrung entstanden. Der Sekretär im amerikanischen Schatzamt, Elliot A. Ladd, hat erklärt, daß die Vereinigten Staaten die Frage der Streichung der europäischen Schulden nicht erörtern wollen. Man muß in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß Poincaré die Wegsperrung über eine Verminderung der deutschen Reparationslasten von einer Streichung der französischen Schulden an Amerika abhängig gemacht hat. Die erste Folge dieser Halsstarrigkeit ist das Abbrechen der Finanzströme in der ganzen Welt von dem Plane einer Deutschnote zu gewöhnlichen Stabilisierungsanleihe und die Folge davon ein neues Absinken der Welt an allen Wertpapieren der Welt. Die französische Regierung hat zur Brüsseler Konferenz zwar eingeladen, glaubt aber wohl selbst nicht an ein Gelingen der Verhandlungen. Lord Curzon hat bereits erklärt, daß er seine Teilnahme an der Eröffnung der Konferenz am 15. Dezember leider nicht für möglich hält.

Nach einer Brüsseler Meldung des „Times“ hält man es unterrichteter Dinge für wahrscheinlich, daß die Vorkonferenz der verbündeten Ministerpräsidenten in etwa 8 Tagen zusammentritt. Auch in italienischen Kreisen glaubt man an das rasche Zustandekommen der Vorkonferenz.

Der Pariser „Times“-Korrespondent glaubt zu wissen, daß der englische Vertreter in der Reparationskommission jetzt grundsätzlich nichts mehr gegen die französische Forderung nach produktiven Garantien einzuwenden hätte. Wenn der Plan, den Poincaré der letzten Londoner Konferenz unterbreitet hatte, in einigen Punkten abgeändert werde, sei es wahrscheinlich, daß England sich seiner Unterstützung nicht mehr widersetze.

In Lausanne, wie in Paris und London herrscht die größte Verzerrung und Uneinigkeit. Vor allem fehlt es an dem guten Willen, besonders Frankreichs, sich zu einigen. Alles drängt zu neuer Katastrophen, es liegt alles in der Luft und es ist gar nicht so unwahrscheinlich, wenn nächstens wieder die Welt vom Kriegslärm erfüllt ist.

Der neuewe Poincaré.

Paris, 28. November. Der „Intranseant“ teilt mit, daß im Elysee am Montag eine Konferenz stattfand, an der u. a. Poincaré, Boincaré und Barthou teilnahmen. Es verlautet, daß die Konferenz sich mit den Maßnahmen beschäftigte, die von französischer Seite ergriffen werden sollen, falls Deutschland nach Ablauf dieses Jahres keine ernsthaften Schritte zur Erfüllung seiner Reparationsverbindungen unternehmen sollte.

Mussolini besteht auf Reparationen.

Der ehemalige Staatschef und Erzfeind, jetzt italienischer Ministerpräsident Mussolini fährt fort, im Sinnbild auf die Brüsseler Konferenz der Delegationen gegenüber zu betonen, daß Deutschland bezahlen könne und müsse. Dieses Wort ist es der Korrespondent des „Corriere della Sera“, dem Mussolini seine Erklärungen abgegeben hat. Er wiederholte, daß unter den jetzigen finanziellen Verhältnissen Italien keinen großmütigen Verzicht auf die Reparationen leisten könne. Deutschnote als Kautelen sei nur künstlich herbeizubringen. In welchem Umfange es zahlen könne, müßten die Sachverständigen feststellen, aber Deutschland ihm und müsse zahlen. Gerade die Finanzleute hätten festgelegt, daß es mit dem Goldvorrat der Reichsbank keine Bewandnis habe und daß es Deutschland gelingen sei, Goldvorräte anzuhäufen. Der Ministerpräsident verlangte eine Politik, wonach Italien nicht gezwungen werden könne, auch nach so großen Opfern auf die deutschen Wiedergutmachungen Verzicht zu leisten.

Auf zur Arbeit und Tat!

„Nicht um Personen und Worte geht es, sondern um Arbeit und Tat!“ ruft Kamerad! Das Echo, das sein Echo im Reichstag gefunden hat, ist schwach, sehr schwach. Geben wir uns nur keiner Illusion hin. Nicht die Person, nicht die Fähigkeit, nicht das Ausmaß persönlicher Bedeutung und Wirkungsgröße auf die Gestaltung der Politik nach innen und außen war bis jetzt ausschlaggebend bei der Wahl der führenden Männer der Regierung, sondern Parteizugehörigkeit und parteipolitische Kompromißfähigkeit. Nachdem der furchtbare Niedergang, die von außen drohende Gefahr an den wirtschaftlichen und autoritären Fundamenten Deutschlands rütteln, das Ende vor der Tür steht, brach das bisherige System zusammen. In der Not griff man zu einem Mann, dessen Können und Bedeutung vielleicht eine bittere Realpolitik einzuflößen und durchzuführen vermag. Cuno müßte sich, auf dem Boden dieser Politik der allerbittersten Notwendigkeit die entscheidenden parlamentarischen Kräfte zusammenzurufen, um eine in sich gefestigte, regierungsführende Notgemeinschaft zu erzeugen. Vergebens. Er versuchte es zweimal. Englische Parteipolitik war stärker als der stürzende Zwang der deutschen Lebensnotwendigkeiten. Nicht einmal auf ein dem früheren System ähnliches Gebilde vermochten sich die Parteien zu einigen. Und so suchte sich Cuno Männer der Tat, Männer der Arbeit zusammen, zweifelslos getragen von dem harten Willen, zu retten um jeden Preis, auch wenn die Parteien vertragen und sich ihm Hindernisse in den Weg stellen würden. Das alles ist schon eine Tat.

Nun hat er im Reichstag sein Programm entwickelt, er hat wieder versucht, die Parteien auf den Weg der deutschen Lebensnotwendigkeiten, auf den Weg der Rettung des deutschen Volkes aus Lebensgefahr zu drängen. Er hat die furchtbare Lage Deutschlands in nackter Offenheit dargelegt, so daß es jeden Deutschen, gleich welcher Partei, gleich welchen geistigen Formats, hätte zwingen müssen zu dem harten Entschluß: Auf zur Tat! Statt dessen parteipolitische Mißtrauen, zögernde, abwartende Haltung. Statt dessen häßliche Bemerkungen über dieses „Übergangsministerium“, statt dessen eine Kritik über die Richtung der Minister, über „Verletzungen“ der einzelnen. Die Stunde ist verpaßt, die Stunde, in der aus bitterster Not heraus das ganze Volk zu einer Politik der Selbsthaltung und Selbstbehauptung hätte zusammengeschlossen werden können. Die Hoffnung, die in den letzten Tagen ohne Frage durch das Volk ging, hat einen Stoß erhalten. Wir drohen in der furchtbaren Zukunft der Selbstauflösung zurückzufallen, einer Selbstauflösung, von der zur Verwirklichung, zu selbstbeherrschenden Verwirklichungen nur ein Schritt ist.

Und doch dürfen wir den Mut nicht sinken lassen. Ein Wille zur Tat, zur Selbsthilfe ist in der neuen Regierung vorhanden, ein Wille zur Tat, der morgen, morgen, morgen sein kann. Und heute ist die neue Regierung nicht auf den aufstrebenden Taktikern des Partamentes stützen, dann müssen sich Regierung und Volk zusammenfinden und das Rettungswerk unternehmen. Es geht nicht länger an, daß Verantwortung und Entscheidung über Sein und Nichtsein des deutschen Volkes heute den Parteiführern überlassen bleiben darf. Es geht um unser Leben, um das Leben jedes Einzelnen und für sein Leben, für die Zukunft seiner Kinder und Kindesinder ist jeder selbst verantwortlich. Die Parteien der Mitte, noch härter die Parteien der Rechten empfinden diese Welle des Lebenswillens aus der Waise heraus. Das geht besonders aus der Haltung des Zentrums hervor. Der Zweck muß sich verhalten. Nicht allmählich, sondern ungeschäm von heute auf morgen, einen ruhiger, Entwicklung mehr. Denn von außen droht die letzte und härteste Gewalttat. Die ehemaligen Feinde haben zwar sich nicht zu einer Gemeinschaft der Gewalt zusammengeschlossen, aber die Gewaltspolitik Poincarés, die Gewaltpolitik Frankreichs zwingt sie. Die französische Politik geht klar und unüberbaur darauf aus, in diesem Winter den inneren Zusammenbruch Deutschlands zu erzwingen, um dann die Teile, die im „Bereich seiner Machtmittel“ liegen, aus dem Zusammenbruch zu retten, sie als „Pfländer“ und Garantien zu behalten, sich mit ihnen bezahlt zu machen. Das heißt: Frankreich will in diesem Winter das Heft in die Hand nehmen und die endgültig und fest in die Hand bekommen. Die Entzweiung der politischen Linie auf der Konferenz von Lausanne zeigt, daß hier die Entscheidung vorbereitet wird. England erbt die Eiderherren und Garantien für seine Vorkonferenz an den Dardanellen und seinen Nachbarn im Orient, und Frankreich bekommt seine Garantien und Eiderherren an Rhein und Ruhr. Man lasse sich nicht durch die „Erfolge“ der ungeschickten Propagandareise Clemenceaus in Amerika

Beilage zu Nr. 279 des Merseburger Tageblattes
Dienstag, den 28. November 1922

Die Sitzung der Stadtverordneten

Sechzehn ganze Punkte waren wider Erwarten innerhalb von einer Stunde erledigt. Was dann noch eine halbe Stunde währte, war überaus still. Schon lange gähnte im Bilde der Unmut über Merseburgs mangelhafte Nachtbeleuchtung. Gestern endlich kam es zum Ausbruch, das unbedingt etwas getan werden müsse, um diesem Uebelstand abzuwehren. Der Magistrat trat mit dem Vorschlag: „zu tun“ und bemerkt daneben als leise, aber absolut nicht annehmbare Entschuldigung, daß z. B. in Berlin die Beleuchtung im Verhältnis zu Merseburg schlechter sei. Das ist eine schnell hingeworfene Behauptung, die kaum jemand ernst nehmen wird. Neugierig regend war es, als die Abgeordneten sich nacheinander erhoben, um auf die Beleuchtungsängel der Straße, in der sie beheimatet sind, hinzuweisen. Besonders hat die Aussprache ein wenig genügt, um den Magistrat von der Notwendigkeit einer besseren Beleuchtung zu überzeugen.

Die Wahl eines stellvertretenden Schriftführers und verschiedener Deputationsmitglieder wird schnell durchzuführen. Zum Nachfolger des ausgeschiedenen Stadtv. Keller wird Stadtv. Grimm gewählt, zum Stellvertreter für den Bezirk Unteraltenburg Kaufmann Paul Trommer. Der Vorschlag Koenen, eine Umänderung der Deputationsbeziehung nach der Stärke der Fraktionen vorzunehmen, wird abgelehnt und eine weitere Bitte genehmigt. Den Rechnungen der hiesigen Handelskammer für 1919 und der Ruhegehaltsliste für 1916 wird Entlastung erteilt. Ueber die

Erhöhung des Fremdenzuschuldes

Spricht Stadtv. Boye (S. S. P.). Wegen des Steigens der Schuldenzinsfußes muß das Fremdenzuschuld vom 1. Oktober ab auf 750 Mk. jährlich erhöht werden. In Fällen der Bedürftigkeit kann Ermäßigung gewährt werden. Dann kommt die

Erhöhung des Krankenhaustarifes

zur Sprache. Stadtv. Tänger schlägt, um eine Wiederholung der Beratungen darüber zu vermeiden, eine gleichzeitige Stala vor, und bemerkt, daß Merseburg nicht übermäßig mit den Sägen in die Höhe gehen kann, wie es beispielsweise Halle macht. Oberbürgermeister Herzog führt an, daß man früher allgemein auf dem Standpunkte stand, die Krankenhäuser seien Wohltätigkeitsanstalten, jetzt aber ist dieser Standpunkt verlassen worden. Das Krankenhaus muß sich selbst erhalten. — Die Versammlung stimmt darauf der Gehührenshöhung zu. Erhöht werden ferner die Krankenbelegungsgebühren. Erhöhen werden für Wohnräume 25 Prozent, für gewerbliche Räume 12½ Prozent. — Ohne Aussprache stimmt die Versammlung der Aufhebung der Ordnung über die Benutzung der fahrbaren Straßensignale zu, die durch die eingeführten Neulampentypen gegenstandslos

gemorden ist. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß die Versicherung der Hausgewerbetreibenden durch Satzungs-nachtrag der Allgemeinen Ortskrankenkasse erfolgt.

Für Ausführung des Finkenankritzes

in Grundstück Fischerstraße 11/13 wird eine Summe von 21 300 Mark gebraucht. Das Geld wird bewilligt.

Das kürzlich erklärte Brückengeländer des hinteren Gotthartssteines muß zum Schutze des Publikums wiederhergestellt werden. Die erforderlichen Mittel dafür werden auf 30 000 Mark geschätzt. Es soll selbstverständlich versucht werden, von den Tätern die Kosten einzutreiben. Die Stadtverordneten beauftragen die Summe.

Wie Abg. Koenen vorträgt, muß eine

Erhöhung der Zählermieten,

soweit die in den Tarifen vorgesehenen Anschluß- und Prüfungsgebühren auf den zehnjährigen Betrag vorgenommen werden. Die Geldbewertung macht diese Maßnahme notwendig. Die Versammlung stimmt der Erhöhung der Mieten zu.

Aufhebung der Ortszusage über das Wasserwerk.

Stadtv. Rupperecht (D. N.) berichtet über diesen Punkt. Um von der Aufsicht des Bezirksauschusses loszukommen, hat der Magistrat beschlossen, das hiesige Wasserwerk seiner Eigenschaft als öffentliche Gemeindefabrik im Sinne des Kommunalabgabengesetzes zu entziehen und in ein privatwirtschaftliches Unternehmen umzuwandeln. Um eine schnellere Freilegung des Wasserpreises, der jetzt immer vom Bezirksauschuß genehmigt werden muß, zu ermöglichen, empfiehlt es sich, die vom Magistrat vorgeschlagenen Maßnahmen zu genehmigen.

Gleichzeitig muß die Ortskollektorenverordnung, die einen Anschlußzwang an das hiesige Wasserwerk vorsieht, aufgehoben werden.

Stadtv. Daniele (S. S. P.) erklärt, daß seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen könne, da der Magistrat es verabsäumt habe, die Stadtverordneten rechtzeitig zu unterrichten. Außerdem lasse er sich an dem Ausdruck „privatwirtschaftliches Unternehmen.“ Bürgermeister Dr. Hofebach weist darauf hin, daß dieser Ausdruck nur ein Gegenwort gegen das Kommunalabgabengesetz darstelle. Der eigentliche Grund zu der Maßnahme ist der, vom Bezirksauschuß unabhängig zu werden. Gas und Elektrizitätswerte sind doch schon lange. Oberbürgermeister Herzog gesteht Bedenken, daß das Werk verkauft werden solle. Der Gehalt ist niemals aufgetaucht. Er schlägt vor, das Wort „privatwirtschaftlich“ zu streichen und das Werk nur als ein Gemeindefabrik in der Form des Gas- und Elektrizitätswertes zu bezeichnen.

Dieser abgeänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

Verfahren bei Ueberschreitungen der Haushaltsplanmäßigen Mittel der werdenden Anstalten.

Unter Aufhebung des Beschlusses vom 26. Januar 1920 beschließt die Versammlung, daß in Zukunft bei den werdenden Anstalten der Stadt Ueberschreitungen nicht der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung bedürfen, falls und in offener Ueberschreitungen durch erhöhte Einnahmen ausgeglichen werden und die Anstalten ihren Haushaltsplan erfüllen.

Aufnahme eines Darlehens von 2 000 000 Mark.

zur Förderung des Wohnungsbaues.

Die Versammlung beschließt, das von der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellte Darlehen anzunehmen. Auf eine Anfrage des Stadtv. Mahlo, was man mit dieser geringfügigen Summe zu bauen gedenke, erklärt Bürgermeister Dr. Hofebach, daß der Stadt noch 9 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, so daß im ganzen 11 Millionen für Bauzwecke vorhanden sind.

Zur Erhöhung des Zinsfußes, der von der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt erhaltenen Darlehen auf 6 Prozent, wird zugestimmt.

Die Nachbewilligung einer Summe von 75 000 Mark für den Haushalt des Verwaltungsmittelunterstützungsausschusses wird vorgenommen. Oberbürgermeister Herzog schlägt vor, das Verwaltungsmittelunterstützungsausschuss als Wasserwerk zu behandeln und als Gemeindefabrik im Sinne dieses Gesetzes zu bezeichnen. Diesem Vorschlag wird stattgegeben.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Stadtverordnetenvorsteher Junfer verliest ein Schreiben der Siedlung, Freientfeld, die sich darüber beklagt, daß der Magistrat die Bitte um Aufstellung einiger Laternen auf der Siedlung abgelehnt hat. Der Magistrat erklärt sich zur Uebernahme der halben Kosten bereit. Der Siedlung könne mehr nicht geholfen werden, da der Stadt das Gelände nicht gehört.

Bei dieser Gelegenheit kommt die Beleuchtung Merseburgs zur Sprache. Oberbürgermeister Herzog bemerkt, daß andere Städte durchaus nicht besser beleuchtet seien. Linere Beleuchtung ist im Verhältnis besser als die Berlin. Im Parken zu können nur an Straßenkreuzungen Lampen aufgehängt werden. Stadtv. Mahlo kann nicht einsehen, daß Merseburg nur beleuchtet ist. Stadtv. Rupperecht wohnt in einer absolut dunkleren Straße. Er erbittet sich, den Magistrat an alle dunklen Stellen zu führen. Stadtv. Gollitz hat aus Grund zur Klage. Seine Straße sei ebenfalls nicht beleuchtet. Stadtv. Rügger macht aufmerksam, daß selbst an den wenigen Kreuzungspunkten die Lampen bereits um 10 Uhr ausgeschaltet werden. Im Interesse der Sicherheit ist es nötig, die Lampen brennen zu lassen. Nachdem Oberbürgermeister Herzog noch darauf hingewiesen hat, daß eine Nachaufstellung von Lampen eine Kostenersparnis von 2 bis 3 Prozent ausmachen würde, ist die Aussprache beendet.

Schluß der Sitzung um 7½ Uhr.

